

P R O T O K O L L  
der 358. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 21. Januar 2014
Zeit	19.30 – 21.50 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Bärtschi Markus (Geschäft 1) Martin Humm (ab Geschäft 2)
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Daniel, Brügger Yong, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Fitze Wehrle Barbara, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Hässig Vinzens Kornelia, Häusermann Martin, Jordi Kevin, Kämpf Marcel, Kneubühler Peter, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Marti Beat, Müller Frei Lisa, Näf-Piera Virtudes, Pulver-Schober Beatrice, Raaflaub-Minnig Ruth, Racine Raphael, Reimers Markus, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Muinde Gabriele, Sigrist Roman, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, Treier Hannes, Wegmüller Beat
Stimmzählende	Näf-Piera Virtudes (Geschäft 1 + 2) Kämpf Marcel, Pulver-Schober Beatrice (ab Geschäft 3)
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Bärtschi Annik, Damke Andreas, Friedli Rolf, Kästli Marc
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte 14

Traktanden

1	Wahl des Präsidenten des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2014	177
2	Wahl des restlichen Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2014 - 1. Vizepräsidium - 2. Vizepräsidium - 2 Stimmzählende	179
3	Geschäftsprüfungskommission Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2014	180
4	Regionalkommission Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der Regionalkommission für das Jahr 2014	181
5	Protokoll der Sitzung vom 19. November 2013	182
6	Legislaturziele mit Massnahmen 2013 - 2016; Kenntnisnahme	182
7	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2014	183
8	Parkplatz Wehrliau; Sanierung und Gestaltung; Objektkredit	185
9	Motion Wegmüller (SP): Netzschliessung Fussgängerverbindung Gümligen-Allmendingen im Bereich des geplanten Kreisels "Froumholz"	191
10	Motion Wegmüller (SP): Vorhandene Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung einer Energiestrategie in Muri-Gümligen einsetzen	192
11	Motion SP-Fraktion: Muri-Gümligen strebt eine zukunftstaugliche Energienutzung an	192
12	Motion forum-Fraktion betr. bedarfsgerechte Ferienbetreuung für Schulkinder (Rückzug)	195
13	Informationen des Gemeinderats	195
14	Neue parlamentarische Vorstösse	196

Der Vorsitzende eröffnet die 358. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Gäste im Saal. Insbesondere heisse er als neues Mitglied des Grossen Gemeinderats und als Nachfolgerin von Marina Graham (forum) Frau Gabriele Siegenthaler Muinde herzlich willkommen.

**Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

## 1 Wahl des Präsidenten des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2014

Die EVP Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Martin Humm, J.V. Widmannstrasse 21, Muri

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

### Beschluss

Martin Humm wird einstimmig als Präsident des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2014 gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten herzlich und erkundigt sich, ob er die Wahl annehme.

Martin Humm bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen und erklärt Annahme der Wahl.

Ruth Raaflaub führt aus, in Anbetracht dessen, dass Martin Humm keine eigene Fraktion im Rat hinter sich habe, sei er durch die FDP/jf-Fraktion "adoptiert" worden. Sie gratuliere ihm herzlich zur Wahl und überreiche ihm ein kleines Geschenk.

Der Vorsitzende hält folgende Abschiedsrede:

*"Damit ist meine Amtsdauer beendet. Bevor ich jetzt da abtrete, steht mir noch etwas Zeit zu, die ich dafür nutzen möchte, allen denen für die gute Zusammenarbeit zu danken, wo ich im vergangenen Jahr als Präsident mit ihnen zu tun gehabt habe. Für Martin kommt das zu spät, aber für alle anderen kann ich noch etwas Werbung machen: Sagt ja, wenn ihr angefragt werdet oder meldet Euch aktiv; der Hauptvorteil von diesem Amt als Ratspräsident liegt darin, dass die Sitzungen subjektiv wahn-sinnig kurzweilig werden; sie gehen so schnell vorbei, dass man kaum je dazu kommt, auf die Uhr zu schauen - und diesen Effekt kann man hier im Saal fast nur auf diesem Stuhl da erleben.*

*Ich habe mich selber auch bei der Sitzungsleitung um Effizienz bemüht, und wenn ich dem Einen oder der Anderen dabei übergriffig sollte zu nahe getreten sein, so tut mir dies aufrichtig leid. Ich kann Euch aber versichern, dass das nie persönliche Gründe gehabt hat. Es geht um ein höheres Gut: Ich bin überzeugt, dass es gerade in unserem Milizsystem ein Gebot der Stunde ist, strukturierte Sitzungen von zumut-barer Dauer durchzuführen; sonst wird es noch einmal schwieriger, gute Kandidaten zu finden. Ich habe die Zusammenarbeit jedenfalls als erspriesslich und sinnstiftend erlebt und fordere Martin auf, die durchaus vorhandenen Ermessensspielräume mit Augenmass, aber nach Kräften auszunutzen und dem kommenden Jahr seinen Stempel aufzudrücken und seine Vorstellungen zu verwirklichen.*

*Martin, ich wünsche Dir dabei eine glückliche Hand und ein befriedigendes Präsidial-jahr. Mein erstes Geschenk an Dich war, dass ich zu Deiner anfänglichen Erleich-terung nie ausgefallen bin (auch wenn ich mir sicher bin, dass Du jederzeit bereit gewesen wärst, um einzuspringen), und mein zweites Geschenk besteht jetzt darin, dass der Stuhl unterdessen schön angewärmt ist.*

*Ich danke meiner Fraktion und dem Rat für das mir mit der Wahl erwiesene Ver-trauen, Ihr habt mir diese gute Erfahrung ermöglicht, und ich habe das Amt sehr gerne ausgeübt, und ich wünsche uns allen jetzt eine produktive Sitzung."*

Martin Humm (EVP) erklärt, es sei die Zeit der Geschenke und er überreiche ihm hier einen Teddybären. Annik Bärtschi sei heute nicht anwesend; sie habe am 26. Dezember 2013 eine Tochter bekommen und er gratuliere Markus Bärtschi als Vater herzlich. Er danke Markus Bärtschi im Übrigen, dass er nie ausgefallen, nicht ein einziges Mal unters Tram gekommen sei.

Christian Spycher (SVP) hält folgende Abschiedsrede für Markus Bärtschi:

*"Lieber Markus, die SVP-Fraktion und ich glauben, im Namen des Grossen Gemeinderates sagen zu können: Danke. Die acht (recte 9) Rats-Sitzungen wurden souverän geführt und deine Erfahrungen beim Leiten von Prozessen haben uns weitergebracht. Ich meine damit natürlich deine ordentlichen Abstimmungsabläufe.*

*Mit dem Ratsausflug hast du uns ermöglicht, den „Parlamentarischen Alltag“ hinter uns zu lassen mit dem Einblick in eine andere Welt der Dienstleistung am Menschen. Oder könnte es sein, im übertragenen Sinne am Bürger?*

*Wir haben Dir zum Anfang des Präsidentschaftsjahres persönliche Momente der Ruhe und des Innehaltens gewünscht. Wir gehen davon aus, dass es diese Momente gegeben hat. Nicht nur deine Familie ist grösser geworden, sondern sehr wahrscheinlich auch die Momente der Unruhe.*

*Die SVP-Fraktion bedankt sich bei Dir, Markus, für die zusätzliche Präsenz als höchster Muriger und wünscht Dir und Deiner Frau nun beim Sonntagsbrunch im Restaurant Dentenberg (auf Wunsch mit Kinderhüten) viel Vergnügen."*

Martin Humm (EVP) hält folgende Antrittsrede:

*"Danke, dass ihr mich ins Präsidium berufen habt, auch wenn ich nur der Vertreter einer Minderheit bin. Ich bin sogar mehrfacher Vertreter einer Minderheit: Als letzter EVP-Mohikaner, aber auch als Rothaariger oder auch als nicht "bärndütscher" Muttersprachler. Jeder von uns befindet sich zeitweise in der Position der Minderheit. Das ist nicht immer angenehm. Und ich bin dankbar, dass wir in diesen Zeiten Respekt und Achtung erwarten dürfen – gerade auch hier im Parlament.*

*Als Präsident will ich sehen, wie Mehrheiten entstehen. Mehrheiten bei den Abstimmungen, Mehrheiten, die sich aus einem gesunden Meinungsbildungsprozess ableiten. Ich will aber auch, dass die Minderheiten die Parlamentssitzungen verlassen können, ohne dass sie sich gedemütigt und verletzt fühlen. Ich bin mir völlig bewusst, dass ich nicht aufgrund persönlicher Meriten gewählt wurde, sondern weil vor mehreren Legislaturen ein Rotationsprinzip gewählt wurde, wonach auch die kleinen Parteien, die nicht unter einem Fraktionsdach Unterschlupf gefunden haben, einmal das Präsidium erhalten sollen. Als letzter Vertreter der letzten kleinen Partei im Parlament ist die Wahl auf mich gefallen. Aber offensichtlich habt ihr mich dann doch auch persönlich nicht als völlig ungeeignet für das Amt angesehen. Ich danke euch für euer Vertrauen. Als Präsident habe ich vor allem Ordnungsfunktionen. Ich bin froh, dass der Drill von meinen Vorgängern dazu geführt hat, dass wir ein gut dressiertes Parlament haben. Ich will an diese Tradition anschliessen. Eine Tradition des Respektes vor unserem Amt als Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner von Muri-Gümligen, eine Tradition der Achtung voreinander - egal wo man im Parlament sitzt. Eine Tradition des Mittragens von Entscheiden, welche in einem demokratischen Verfahren erarbeitet wurden. Eine Tradition von guter Zusammenarbeit mit unseren Behörden und unserer Verwaltung. Das Aufrechterhalten von diesen guten Traditionen ist mein Ziel und auch mein Appell an euch!*

*Ich danke euch für eure Unterstützung. Insbesondere danke ich unserer Gemeinschreiberin Frau Karin Pulfer für ihr Engagement, aber auch der FDP/JF-Fraktion, welche mir ihr Gastrecht gewährt hat."*

## **2 Wahl des restlichen Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2014**

### **1. Vizepräsident**

Zur Wahl als 1. Vizepräsident schlägt die SP Muri-Gümligen

Beat Schneider, Seidenberggässchen 1, Gümligen, vor.

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

#### Beschluss

Beat Schneider wird einstimmig als 1. Vizepräsident für das Jahr 2014 gewählt.

Beat Schneider (SP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Beat Schneider herzlich zur Wahl.

### **2. Vizepräsidentin**

Zur Wahl als 2. Vizepräsidentin schlägt die FDP.Die Liberalen Muri-Gümligen

Ruth Raaflaub, Hessesstrasse 6, Gümligen, vor.

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

#### Beschluss

Ruth Raaflaub wird einstimmig als 2. Vizepräsidentin für das Jahr 2014 gewählt.

Ruth Raaflaub (FDP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Ruth Raaflaub herzlich zur Wahl.

### **StimmenzählerIn**

Das forum Muri-Gümligen schlägt

- Marcel Kämpf, oberer Wehrlweg 5, Muri

und die SVP Muri-Gümligen schlägt

- Beatrice Pulver-Schober, Lerchenweg 10, Gümligen

zur Wahl als StimmenzählerIn vor.

Die Wahlvorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

### Beschluss

Marcel Kämpf und Beatrice Pulver-Schober werden einstimmig als Stimmzähler bzw. Stimmzählerin für das Jahr 2014 gewählt.

Marcel Kämpf (forum) und Beatrice Pulver (SVP) erklären Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Marcel Kämpf und Beatrice Pulver herzlich zur Wahl.

Der Vorsitzende führt zum nachfolgenden musikalischen Zwischenspiel Folgendes aus:

*"Zu meinen Vorrechten als frisch gewählter Präsident gehört das Wünschen eines musikalischen Zwischenspiels. Ich habe diese Gelegenheit ergriffen, um euch hier ein Projekt vorzustellen, welches mir am Herzen liegt: MuriOpera. Ihr erhaltet dazu einen kleinen Flyer. Wie einige vielleicht wissen, bin ich ein leidenschaftlicher Opernfan. Als ich letztes Jahr zum ersten Mal vom Projekt der Sommerakademie MuriOpera gehört habe, war ich begeistert. Inzwischen haben wir einen Verein gegründet, wo ich Vorstandsmitglied bin. Es ist mir eine grosse Freude, euch hier eine Absolventin und einen Dozenten der MuriOpera vorzustellen: Catriona Bühler, Sopran und Errki Korhonen, Klavier. Sie werden zwei bekannte Arien aus der Zauberflöte und Roméo et Juliette vortragen. Wenn euch dieses Projekt MuriOpera interessiert, kommt auf mich zu. Wir sind sehr dankbar für die Mithilfe bei der Durchführung des Anlasses, insbesondere suchen wir noch Gastgeber für unsere jungen Opersängerinnen und -sänger während der Sommerakademie. Und natürlich seid ihr an unserem Abschlusskonzert am 2. August in der Kirche Muri willkommen."*

*Es folgt das musikalische Zwischenspiel von "MuriOpera".*

### **3 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2014**

#### **Präsident**

Die SVP Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Christian Spycher, Dorfstrasse 82, Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

#### Beschluss

Christian Spycher wird einstimmig als Präsident der GPK für das Jahr 2014 gewählt.

Christian Spycher (SVP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Christian Spycher herzlich zur Wahl.

### **Vizepräsident**

Das forum Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Jürg Stettler, Steinhübeliweg 62, Muri

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

#### Beschluss

Jürg Stettler wird einstimmig als Vizepräsident der GPK für das Jahr 2014 gewählt.

Jürg Stettler (forum) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Jürg Stettler herzlich zur Wahl.

## **4 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der Regionalkommission für das Jahr 2014**

### **Präsidentin**

Die FDP.Die Liberalen Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Ruth Raaflaub, Hessesstrasse 6, Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

#### Beschluss

Ruth Raaflaub wird einstimmig als Präsidentin der Regionalkommission für das Jahr 2014 gewählt.

Ruth Raaflaub (FDP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Ruth Raaflaub herzlich zur Wahl.

### **Vizepräsident**

Das forum Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Beat Marti, Beethovenstrasse 26, Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

#### Beschluss

Beat Marti wird einstimmig als Vizepräsident der Regionalkommission für das Jahr 2014 gewählt.

Beat Marti (forum) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Beat Marti herzlich zur Wahl.

## 5 **Protokoll der Sitzung vom 19. November 2013**

### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

## 6 **Legislaturziele mit Massnahmen 2013 - 2016; Kenntnisnahme**

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe dieses Geschäft nicht vorberaten.

Thomas Hanke gratuliert vorab dem Vorsitzenden herzlich zu seiner Wahl. Als gemeinderätlicher Sprecher führt er aus, als der Gemeinderat anfangs letztes Jahr beschlossen habe, die Legislaturziele mit dem UNO-Projekt "NE" (Nachhaltige Entwicklung) anzugehen, habe er den Zeitrahmen etwas unter- bzw. überschätzt. Es sei nicht möglich gewesen, alle Aufgaben letztes Jahr fertigzustellen. Unter Einbezug der Fraktions- und Parteispitzen sei der Gemeindeprofilograf erarbeitet worden, der Gemeinderat habe dann die SWOT-Analyse vorgenommen und das Leitbild erarbeitet, daraus heraus hätten sich die Legislaturziele ergeben und erst dann habe man die Massnahmen festlegen können. Es sei auch für den Gemeinderat ein interessanter Prozess gewesen. Man hoffe, dass man inskünftig mit dem Vorliegenden weiterarbeiten und von den Zielvorgaben und Massnahmen werde profitieren können.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend weitere Wortmeldungen aus dem Rat.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Beat Marti führt aus, die forum-Fraktion danke dem Gemeinderat für die gut strukturierten und in übersichtlicher Form vorgelegten Legislaturziele. Die Messbarkeit der Legislaturziele sei leider nur teilweise gegeben, seien doch keine genauen Ziele definiert. Die Rückkoppelung in den Gemeindeprofilografen fehle nach Meinung des forums weitgehend. In welchen Bereichen wolle sich der Gemeinderat für eine nächste Umfrage um wie viele Punkte steigern? Wo lägen einfach ersichtlich die Prioritäten? Das forum stelle nach dem Studium der vorgelegten Papiere fest, dass für den Gemeinderat eine soziale Durchmischung in dieser Gemeinde offenbar nicht wünschenswert sei. Laut Leitbild wolle der Gemeinderat anscheinend nur Personen mit hohem Einkommen, d.h. nur gute Steuerzahler, in unserer Gemeinde. Dies finde das forum doch sehr bedenklich. Ob der Steuersatz der Gemeinde wirklich das Allerwichtigste und das einzige Argument für die Zukunft unserer Gemeinde sei? Für das forum sei kein innovativer Ansatz ersichtlich. Interessant wäre insbesondere zu erfahren, wie sich der Gemeinderat zu folgenden Fragen stelle:

- Wie differenziert sich die Gemeinde Muri gegenüber anderen Gemeinden?
- In welchen Gebieten will die Gemeinde Muri eine Vorreiterrolle übernehmen?
- Wie wird die Bevölkerung besser in Planungen miteinbezogen?
- Welche vertrauensbildenden Massnahmen gedenkt der Gemeinderat zu ergreifen, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik unserer Gemeinde zu stärken?

Das forum hoffe, dass dem vorgelegten Leitbild in der Zukunft auch nachgelebt werde. Wenn nur die einfach zu erreichenden Punkte angepackt und die übrigen Punkte nicht angegangen würden, wäre der ganze geleistete Aufwand nutzlos.



Beat Schmitter erklärt, die FDP/jf-Fraktion habe die Arbeiten mit dem Gemeindeprofilografen aktiv mitgetragen und das daraus entstandene Leitbild sowie die Legislaturziele mit Interesse gelesen. Die Arbeiten mit neuen Tools wie dem Gemeindeprofilografen seien – auch wenn man sich Fragen zum Realitätsbezug stellen dürfe – sicher ein interessanter Einstieg und eine Herausforderung für die Erarbeitung eines Leitbilds und von Legislaturzielen. Die FDP sei sich im Klaren, dass man immer verschiedene Meinungen zu einzelnen Zielen habe könne, glaube aber, dass die allgemein vorgeschlagene Richtung stimme. Sie sei gespannt auf die vorgeschlagenen Wege zu deren Umsetzung – "the proof of the pudding is in the eating". Hierzu wünsche die FDP dem Gemeinderat viel Erfolg.

Lisa Müller Frei bedankt sich namens der SP-Fraktion beim Gemeinderat für die Erarbeitung der Legislaturziele mit der in dieser Legislatur erstmalig durchgeführten systematischen Schrittfolge. Der gewählte methodische Ansatz mit dem Gemeindeprofilografen und einer SWOT-Analyse zur Beurteilung des Ist-Zustandes, aber auch die Möglichkeit zur Mitwirkung der Fraktionen bei der Bewertung der Stärken und Schwächen, habe die SP als sinnvolles, professionelles Vorgehen empfunden. Dies im Bewusstsein, dass Strategiearbeit nie eine Ingenieurdisziplin sein könne. Entstanden sei ein umfangreicher, gut abgestützter Zielkatalog. Man werde bei der Behandlung zukünftiger Geschäfte immer wieder ein Auge darauf werfen, ob Anträge mit den Legislaturzielen kompatibel seien. Auf dieser tollen Basis wünsche sich die SP zwei Dinge:

- Erstens, dass sich der Gemeinderat darüber Gedanken mache, in welcher Form über die Ziele breiter informiert werden könnte. Dies im Sinn von "tue Gutes und sprich darüber"
- und zweitens, dass ein solch systematischer Prozess zur Definition von Legislaturzielen auch in zukünftigen Legislaturen einen Platz haben werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Der Rat nimmt von den Legislaturzielen mit Massnahmen 2013 - 2016 Kenntnis.

## **7 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2014**

Peter Kneubühler erklärt, die GPK empfehle dem GGR einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und erstens einen Rahmenkredit von CHF 500'000.00 für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2014 zu bewilligen – was eine Kürzung des Rahmenkredits um CHF 100'000.00 bedeute – sowie zweitens, die Einzelvorhaben durch den Gemeinderat beschliessen zu lassen. Trotz dieser letztlich einstimmigen Empfehlung habe der Antrag des Gemeinderats in der GPK zu einer Diskussion geführt. Dies insbesondere vor folgendem Hintergrund: Noch in der GGR-Sitzung vom 28. Mai 2013 habe der Gemeinderat festgehalten, dass gemäss dem angewendeten Road Management pro Jahr rund CHF 200'000.00 zu wenig in die Gemeindestrassen reinvestiert würden. Aus diesem Grund habe der Gemeinderat für das Jahr 2013 einen jährlichen Rahmenkredit von CHF 600'000.00 vorgelegt, also CHF 100'000.00 mehr als in den Vorjahren. In der Folge habe der GGR diesen Rahmenkredit von CHF 600'000.00 einstimmig gutgeheissen. Seit dem Jahr 2004 habe der Rahmenkredit pro Jahr CHF 500'000.00 betragen. Im Investitionsplan 2013-2018 hingegen seien jährlich CHF 600'000.00 eingestellt. Grundsätzlich sei die GPK nach wie vor der Auffassung, dass die Erhöhung um CHF 100'000.00 gerechtfertigt, ja notwendig gewesen sei und auch in Zukunft ein Betrag von CHF 600'000.00 angemessen wäre. Dies vor allem aufgrund der Tatsache, dass die durchschnittlichen Gesamtinvestitionen in die Gemeindestrassen – die via ordentliche Rechnung, via Objektkredite und eben via Rahmenkredite erfolgten – in den Jahren 2002-2011 nur

86 % des Solls betragen hätten. Er verweise auf die untere Tabelle der auf den Tischen aufliegenden Darstellung.

Mit einer aktualisierten Zahlenreihe – dabei handle es sich um die obere Tabelle –, welche die Jahre 2004-2013 umfasse, habe der Gemeinderat der GPK allerdings darlegen können, dass sich das Soll in diesem Zeitraum auf 94 % belaufen habe. Die Erhöhung des Solls sei auf zwei grössere Objektkredite im Umfang von rund CHF 1,5 bzw. 1,78 Mio. in den Jahren 2012 bzw. 2013 zurückzuführen. Dieser Umstand habe die GPK letztlich dazu bewogen, dem Antrag des Gemeinderats, also einer Kürzung des Rahmenkredits um CHF 100'000.00, zuzustimmen. Gleichzeitig halte die GPK fest, dass es sich beim Werterhalt der Gemeindestrassen um eine dauerhafte Investitionstätigkeit handle, die an und für sich nicht den Launen des jährlichen Budgetprozesses unterworfen sein sollte. Komme hinzu, dass das Soll auch mit 94 % eben nicht zu 100 % erreicht werde. Deswegen sei die GPK weiterhin der Meinung, dass, ähnlich wie bei anderen Investitionen (z.B. für Energieprojekte), ein Rahmenkredit über mehrere Jahre – z.B. vier Jahre – geeigneter wäre, um diese Daueraufgabe zu verstetigen und eine bessere Planbarkeit zu realisieren. Dies würde dem Gemeinderat und insbesondere der Verwaltung mehr Handlungsspielraum geben und der GGR müsste sich nicht jedes Jahr mit dem Rahmenkredit bzw. der entsprechenden Kreditabrechnung befassen.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, der Gemeinderat habe sich im Vorfeld der gestarteten Aufgabenüberprüfung bereits mit den Fragen rund um mögliche Kürzungen bei einzelnen Anträgen befasst und auch schon entsprechende Beschlüsse gefasst. Dazu gehöre u.a. auch der Rahmenkredit 2014 für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen. Mit der Reduzierung von CHF 0,6 Mio. auf neu CHF 0,5 Mio. drücke der Gemeinderat seinen Willen aus, überall – also nicht nur im Bildungs-, im Sozial-, im Verwaltungs-, im Baubereich usw. – vertretbare Reduzierungen vorzunehmen, die wohl teilweise sehr schmerzlich für die Betroffenen sein könnten, auf Grund der angespannten Finanzlage aber zwingend nötig seien. Auch im Bewusstsein, dass mit dieser Kreditkürzung das erklärte Ziel, nämlich die Zurverfügungstellung der erforderlichen Mittel gemäss Road Management und damit die Sicherstellung des verlangten Standards weiterhin nicht vollständig erreicht werden könne, sehe der Gemeinderat – auch nach Rücksprache mit der zuständigen Verwaltungsabteilung – keine unmittelbare "Gefahr", in einen Abwärtsstrudel zu gelangen. Es werde die gemeinsame Aufgabe der Verantwortlichen und des Gemeinderats sein, dafür zu sorgen, dass dort die Mittel eingesetzt würden, wo es zwingend nötig sei. Das Aufzeigen der Konsequenzen gehöre bei entsprechenden Anträgen genauso dazu, wie das Priorisieren der anstehenden Projekte. Welcher Betrag sei in den letzten 10 Jahren im Durchschnitt in den Werterhalt der Gemeindestrassen eingesetzt worden und wie viel Prozent des Wiederbeschaffungswerts hätten diese Investitionen pro Jahr ausgemacht? Auf dem auf den Tischen aufliegenden Blatt seien zwei Aufstellungen; die obere betreffe die Jahre 2004-2013, die untere die Jahre 2002-2011.

Daraus lasse sich Folgendes ablesen:

- Der Gesamtwert des Werterhalts setze sich aus drei Budgetbereichen zusammen.
- Mittel, die im ordentlichen Budget eingestellt würden: Hier gehe es primär um Kleinaufträge, die in der Finanzkompetenz der Verwaltung liegen und oftmals durch den Werkhof ausgeführt würden.
- Rahmenkredit, der jährlich dem GGR zur Beschlussfassung vorgelegt und für die Finanzierung von Einzelprojekten verwendet werde, die im gleichen Jahr abgerechnet würden. Die Einzelprojekte müssten durch das finanzkompetente Organ jeweils noch bewilligt werden.

- Objektkredite für Projekte, die länger als ein Jahr dauern würden: Auch hier gelte: Die Mittelsprechung für jedes Projekt erfolge auf Grund eines konkreten Antrags durch das finanzkompetente Organ.
- All diese eingestellten Mittel würden ein Jahrestotal ergeben. Dieses Total sei die Menge, welche pro Jahr für den Werterhalt ausgegeben werde.
- Gesamthaft über 10 Jahre gesehen habe der Wiederbeschaffungswert von 86 % auf heute 94 % gesteigert werden können.

Zurzeit hätten wir einen guten Stand resp. Wert. Dies sei eine Momentaufnahme. Er warne aber bereits heute davor, sich einfach zurückzulehnen. Es brauche immer wieder Anstrengungen, wolle man nicht plötzlich in einen Strudel gelangen. Beispiele gebe es genug, die genau dies aufzeigen und es nun dort nötig machen würden, mit beträchtlich höheren Investitionen die Rückstände nicht noch grösser werden zu lassen resp. aufzuholen. Er ersuche den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen und den Rahmenkredit 2014 zu bewilligen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Walter Thut führt aus, die forum-Fraktion bedanke sich für diese Sparbemühungen; man wisse, dass man solche durchziehen müsse. Das forum danke, dass es auch im Strassenbau zu diesen Konsequenzen komme. Ebenfalls danke man dafür, dass gleichwohl mindestens die Auswirkungen bei den schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern besonders bedacht würden. Die Unterstützung der forum-Fraktion sei da.

Christian Spycher erklärt, die SVP-Fraktion empfehle dem Grossen Gemeinderat einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und begrüsse die Kürzung um CHF 100'000.00 auf den seit 2004 für den Rahmenkredit eingestellten Betrag von CHF 500'000.00. Die im Investitionsplan 2013-2018 festgelegten jährlichen CHF 600'000.00 müssten nicht zwingend ausgeschöpft werden, da ja die die Jahre 2004-2013 umfassenden Zahlenreihen darlegen würden, dass das Soll mit 94 % nach wie vor in der Bandbreite liege. Er halte somit fest, dass unsere Gemeindestrassen durch die Verwaltung und den Gemeinderat mit dem Rahmenkredit (gekürzt) und mit dem möglichen Objektkredit umfassend werterhaltend saniert würden. Da mit dem Objektkredit ja einzelne Projekte pro Jahr bestimmt würden, sei die SVP der Meinung, dass eben jedes Jahr der Rahmenkreditantrag mit dem Objektkreditantrag vom Grossen Gemeinderat genehmigt werden sollte.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Peter Kneubühler als auch Christian Staub verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2014 wird ein Rahmenkredit von CHF 500'000.00 bewilligt.
2. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

## **8      Parkplatz Wehrliau; Sanierung und Gestaltung; Objektkredit**

Isabelle Gossweiler führt namens der GPK aus, bei diesem Geschäft sei in der GPK sehr schnell klar geworden, dass die Gefahr bestehe, dass über etwas diskutiert werde, was eigentlich nicht oder noch nicht zur Debatte stehe; dies dürfte eigentlich nicht sein. Es gehe um die Sanierung des Parkplatzes. Diese sei in der GPK unbestritten gewesen. Dass mit der Sanierung des Parkplatzes bis nach Beendigung des

Hochwasserschutzprojektes zugewartet worden sei, habe eingeleuchtet und sei auch gut so. Der Schutz des unter dem Parkplatz liegenden Grundwassers habe erste Priorität. Die kleinen Bäume – die ohnehin keinen Schatten gespendet hätten – und die Inseln würden ersatzlos wegfallen. Der Parkplatz müsse zusammenhängend versiegelt werden, damit allfällige Verunreinigungen ja nicht ins Grundwasser gelangen könnten. Die Erhöhung der Anzahl Veloparkplätze und die neu gestalteten Töff-abstellplätze habe die GPK als gut erachtet. Es bleibe nur zu hoffen, dass die Velofahrenden die signalisierten Veloparkplätze auch wirklich benutzen würden. Die Verringerung der Auto-Parkplätze habe die GPK in Kauf genommen, da – so sei versichert worden – mit der neuen Parkplatzanordnung und der neu beidseitig befahrbaren Strasse die Such- und Manövriersituation der Autofahrer verbessert werden könne. Eigentlich wäre das Geschäft nun fertig. Leider sei in den verschickten Unterlagen fälschlicherweise eine Barriere eingezeichnet. Diese Barriere habe in der GPK sofort zu Diskussionen geführt und werde dies wahrscheinlich auch hier im Rat tun. Die Frage, ob für die Benützung des Parkplatzes nur während der Badesaison oder während des ganzen Jahres Gebühren zu bezahlen seien, sei auch in der GPK aufgeworfen worden. Die Barriere habe Begehren und Ideen geweckt; dies sei auch dem Zusatzantrag der SP-Fraktion zu entnehmen. Den Gedanken, dass anstelle eines oder zwei Ticketautomaten eine ständige Barriere erstellt werde, habe die GPK anfänglich auch interessant gefunden und zu Überlegungen veranlasst.

Sie sei letzte Woche bei Ernst Soltermann gewesen und möchte dem Rat dessen Informationen nicht vorenthalten: Die Kosten einer solchen Barriere und deren Unterhalt während 365 Tagen und 24 Stunden pro Tag – eine Person müsste immer auf Pikett sein für den Fall, dass die Barriere nicht funktioniere, sich aus irgendwelchen Gründen nicht öffne oder mutwillig beschädigt werde – würden in keinem, aber auch wirklich gar keinem Verhältnis zu den Einnahmen stehen, die dadurch generiert werden könnten. Dass aber generell über die Anpassung, sprich Erhöhung, der Gebührentarife seitens des Gemeinderats nachgedacht werden sollte, sei sicherlich nicht falsch und würde seitens der GPK sehr begrüsst. Zu sagen bleibe, dass im Zuge der Parkplatzanterhaltung Leerrohre verlegt würden, so dass sämtliche Optionen offen blieben. Die GPK empfehle dem Parlament einstimmig, der Sanierung des Wehrliparkplatzes zuzustimmen – und zwar heute, damit der Parkplatz während der nächsten Badesaison genutzt werden könne – und die Diskussion über die Parkplatzbewirtschaftung nicht zum Hauptthema werden zu lassen. Es gehe hier in erster Linie um den Schutz unseres Grundwassers und nicht um Parkplatzgebühren.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, er bedanke sich bei Jsabelle Gossweiler für ihre Ausführungen. Sie habe nun schon viel gesagt; nichtsdestotrotz wolle er dem Rat seine vorbereitete Mitteilung noch zukommen lassen. Als eines unserer höchsten Güter dürfe sicher das Wasser bezeichnet werden. Es sei unsere Pflicht und Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wir nicht nur sparsam damit umgehen würden, sondern auch sorgsam seien bei der Fassung, der Speicherung und der Verteilung. Weshalb er darauf hinweise? Unter dem heutigen Wehrliparkplatz befinde sich ein Teil der gemeindeeigenen Wasserfassung. Diese liege in der Gewässerschutzzone S2. Die Gemeindebetriebe als von der Gemeinde beauftragte Organisation für unser Wasser verlange richtigerweise eine vollständige Sicherung des als Parkplatz genutzten Gebietes, was heisse, dass der Deckbelag dicht sein und den geltenden Normen entsprechen müsse. Nach dem Rückbau des Bauplatzes für den Aare-Hochwasserschutz solle nun der ganze Parkplatz saniert werden. Dazu bedinge es der Sanierung der vielen Risse im Teerbelag wie auch der Entfernung der grünen Inseln. Vor Beginn der Badesaison sollte der Platz fertig saniert sein und genutzt werden können. Um diesen Zeitplan einhalten zu können, bedinge es jetzt der Kreditsprechung durch den GGR. Die zu sanierende Fläche betrage insgesamt rund 5'700 m<sup>2</sup>. Erfahrungswerte für solche Sanierungen würden von einem m<sup>2</sup>-Mittelpreis von rund 70 Franken ausgehen. Dies ergebe den Betrag von rund CHF 400'000.00. Das

Projekt sei – soweit planerisch notwendig – bereit, um nach der Kreditsprechung nun ausgeschrieben zu werden. Aufgrund der Jahreszeit sei damit zu rechnen, dass die Arbeiten günstiger als der verlangte Objektkredit vergeben werden könnten. Als Entschädigung für die Nutzung des Platzes habe der Kanton eine Kostenbeteiligung von CHF 50'000.00 zugesichert. Diese Zusicherung sei garantiert und unterliege nicht dem Sparbeschluss des Kantons. Kein Beitrag sei von den Gemeindebetrieben zu erwarten. Diese hätten keinen direkten Nutzen von diesem Parkplatz. Sollte einmal etwas auf dem Platz passieren und die Gemeindebetriebe kämen zu Schaden, dann würde sicher die Gemeinde als Betreiberin und Nutzerin schadenersatzpflichtig.

Wie aus den Unterlagen ersichtlich sei, werde der Bereich für die Velos um fast das Doppelte gegenüber heute vergrössert. Ebenfalls mehr Abstellplätze werde es für die Motorräder geben. Für PW's würden noch insgesamt 186 Plätze zur Verfügung stehen; dies seien 28 weniger als heute. Grund dafür sei neben der Vergrösserung des Abstellbereichs für die Velos die Senkrechtparkierung mit dem Zweirichtungsverkehr. So könnten die Parkfelder mit einer Breite von 2.50 m ausgestaltet werden. Bei einer Schrägparkierung sei die Breite von 2.50 zu eng, sie müsste mindestens 2.70 m betragen. Folge davon wäre eine weitere Reduzierung der Anzahl Parkplätze.

Wie aus der abgegebenen Planvorlage ersichtlich sei, seien sowohl die heutige Inkassoart mit dem Ticketautomaten wie auch eine Schranke eingezeichnet. Noch seien nicht alle Fakten auf dem Tisch und alle notwendigen Abklärungen getätigt, die für eine Schranke resp. für den Ticketautomaten sprechen würden. Klar sei einzig, dass die Lösung mit einer Schranke höhere Investitions- und Folgekosten auslösen würde. Zudem bedinge es einer Wendemöglichkeit vor der Schranke.

Der GGR habe für die Parkplatzbewirtschaftung ein entsprechendes Reglement erlassen. Gemäss Art. 2 Absatz 2 sei für alle operativen Parkierungsfragen der Gemeinderat abschliessend zuständig. Der Gemeinderat werde sich nach dem Vorliegen der notwendigen Grundlagen mit der Frage der Art des Inkassos der Parkgebühr auf dem Wehrliparkplatz befassen. In diesem Zusammenhang würden sicher auch die heutigen Gebühren genau unter die Lupe genommen. Über allfällig gefällte Entscheide in dieser Angelegenheit werde der Gemeinderat das Parlament rechtzeitig informieren. Der jetzt zu bewilligende Kredit für die Platzsanierung schaffe kein Präjudiz für die eine oder andere Inkassoart. Er lasse also alle Varianten offen. Er ersuche den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen und den Objektkredit von netto CHF 350'000.00 zu bewilligen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Wegmüller führt aus, die SP-Fraktion stimme grundsätzlich der Sanierung des Wehrliparkplatzes zu. CHF 350'000.00 seien ein stolzer Betrag, obschon eigentlich kein grosser Mehrwert entstehe. Der grösste Mehrwert sei, dass mit der Sanierung dieses Parkplatzes die Grundwasserfassung geschützt werden könne. Deshalb könne von einem eigentlichen Umweltschutzprojekt gesprochen werden. Was die SP hingegen vermisse, sei ein eigentliches Parkplatzkonzept. Es genüge nicht, von Schräg- zu Senkrechtparkierung zu wechseln, die Veloabstellplätze auf 150 zu erhöhen und die Autoparkplätze um 28 Plätze zu reduzieren. Die SP vermisse eine Parkplatzbewirtschaftung, wie sie mit der Barriere auf dem Plan angekündigt sei. Er glaube im Übrigen nicht, dass ein Wendeplatz nötig sei. Bei jedem normalen Parkhaus könne man mit dem Ticket hinein- und innerhalb einer Viertelstunde wieder hinausfahren. Es handle sich um eine unvollständige Vorlage, um nicht zu sagen um eine "halbbatzige". Das heutige Parkplatzregime habe verschiedenste Nachteile; z.B. riskiere eine Busse, wer länger als für den bezahlten Betrag bleibe. Die Parkplatzgebühren seien moderat. Zudem würden bei schönem Wetter viele Autos zum Parkplatz fahren, obschon es gar keine freien Plätze mehr habe. Aus diesem Grund stelle

die SP-Fraktion den Zusatzantrag, der auf den Tischen aufliege. Sie verbessere damit eigentlich die Vorlage des Gemeinderats. Sie sei der Meinung, dass mit der Sanierung des Parkplatzes auch gleichzeitig die Parkplatzbewirtschaftung neu geregelt werden müsse. Werde beides gleichzeitig realisiert, könnten auch Investitionskosten gespart werden. Die SP verlange keinen Kredit; diesen könne der Gemeinderat in eigener Kompetenz festlegen, er sei ja auch dafür zuständig. Zudem seien die Arbeiten noch nicht vergeben und es sei zu erwarten, dass der Kredit nicht vollumfänglich gebraucht werde. Wenn der Grosse Gemeinderat diesem Antrag zustimme, entstehe auch kein Zeitverlust bei der Realisierung der Sanierung. Deshalb gebe es eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder gehe das Geschäft zur Vervollständigung zurück an den Gemeinderat oder der Rat stimme dem Zusatzantrag der SP zu. Im Übrigen noch zur Barriere: Die Gemeinde Muri sei wohl nicht die einzige, die hier in der Umgebung eine Barriere betreiben würde. Deshalb könnten die Kosten auch anders kalkuliert werden. Er bitte den Rat, dem Zusatzantrag der SP-Fraktion zuzustimmen.

Gabriele Siegenthaler Muinde führt namens der forum-Fraktion aus, sie habe nicht damit gerechnet, dass sie in ihrer ersten Erklärung gleich einen Rückweisungsantrag beliebt machen werde, aber dies sei die Haltung der Fraktion, welche sie teile. Der Schutz des Grundwassers sei als Priorität natürlich unbestritten. Die Unterlagen würden aber nach Meinung des forums einige Mängel enthalten: Im Investitionsplan der Gemeinde sei die Sanierung des Wehrliplatzes mit Priorität 3b – sprich Notwendigkeit der Sanierung innerhalb von 5 Jahren – eingestuft. Darauf sei in den Unterlagen kein Verweis enthalten, insbesondere werde nicht schlüssig erklärt, warum das Geschäft jetzt dringlich geworden sei. Das forum habe eher den Eindruck, dass es hier um Opportunität und nicht um inhaltliche Dringlichkeit gehe. Für die Sanierung sei ein nicht unerheblicher Betrag von CHF 350'000.00 vorgesehen. Für Ausgaben in dieser Grössenordnung würde sich die Fraktion wünschen, dass konsequent Varianten abgeklärt und vorgestellt würden, gerade auch angesichts der knappen Gemeindefinanzen. Ausserdem störe sie sich an den Unstimmigkeiten bezüglich Parkplatzregime, u.a. der schon erwähnten Barriere, die im Plan eingezeichnet sei, im Text aber nicht erwähnt werde. Sie zweifle daran, dass die Kosten für das Parkplatzregime – da offensichtlich noch nicht abschliessend entschieden – im Objektkredit bereits enthalten seien. Das forum sei der Meinung, dass zusammenhängende Kosten gemeinsam unterbreitet werden sollten. Dies sei hier leider nicht der Fall. Zum Zusatzantrag der SP-Fraktion seien die Meinungen im forum noch nicht ganz gemacht; darauf werde man noch zurückkommen müssen. Die forum-Fraktion möchte dem Rat die Rückweisung des Geschäfts an den Gemeinderat zur Vervollständigung beliebt machen, wie dies schon von der SP in Erwägung gezogen worden sei.

Der Vorsitzende erklärt, der Rückweisungsantrag des forums werde vor dem Zusatzantrag der SP behandelt.

Ruth Raaflaub führt aus, die FDP/jf-Fraktion sei grundsätzlich – im Gegensatz zu forum und SP – mit der geplanten Sanierung und Gestaltung einverstanden. Insbesondere die zusätzlichen Parkmöglichkeiten für 90 Fahrräder, 10 Motorräder mehr und die Optimierung der Parkplätze für Personenwagen würden sehr begrüsst. Durch das Senkrechtparkieren würden zwar 28 Autoparkplätze weniger zur Verfügung stehen, aber es bestehe genügend Platz für Gegenverkehr, das Manövrieren werde vereinfacht, die Parkplätze den Bedürfnissen angepasst. Die Fraktion äussere sich aber bewusst im jetzigen Zeitpunkt ausschliesslich zur Umgestaltung und Sanierung und nicht zur Parkplatzbewirtschaftung, Barriere etc. Der in den Unterlagen gemachte Vorschlag, eine Barriere zu installieren, erscheine der FDP zum jetzigen Zeitpunkt als verfrüht und zu wenig durchdacht. Die FDP/jf-Fraktion unterstütze aber den Antrag des Gemeinderats, die Sanierung und Umgestaltung umzusetzen und heisse den

Objektkredit in der Höhe von CHF 350'000.00 gut. Der Antrag der SP – dies wisse sie schon jetzt – werde von allen Fraktionsmitgliedern abgelehnt.

Isabelle Gossweiler verzichtet als GPK-Sprecherin auf ein Schlusswort.

Christian Staub führt aus, er möchte kurz noch 2, 3 Sachen erklären, bevor der Rat abstimme. Dass ein Parkplatzkonzept fehle, stimme schlicht und einfach nicht. Man habe eines, nämlich das heutige. Wenn verlangt werde, dass aufgrund der jetzigen Situation ein neues gemacht werde, so würden zwei Geschäfte miteinander verwechselt. Das eine sei die Sanierung des Platzes und das andere sei das Konzept. Das Konzept könne gemacht werden, wenn die nötigen Fakten auf dem Tisch liegen würden, was zurzeit nicht der Fall sei. Es werde von Schranken, Ticketautomaten, Gebührenerhöhung etc. gesprochen. Im Zusammenhang mit den Gebühren werde nicht nur über den Wehrliparkplatz gesprochen, sondern auch über andere Orte in der Gemeinde, wo es öffentliche Parkplätze gebe. Wahrscheinlich werde der Bogen so weit gespannt, dass man beginne, über Parkplätze in den 30er-Zonen – also die blauen – zu sprechen. Man werde also ein viel umfassenderes Thema auf dem Tisch haben, als spezifisch den Parkplatz Wehrliau. Er habe auch etwas Angst, dass es – wenn das Geschäft nun zurückgewiesen werde – schlicht nicht möglich sein werde, den Platz zum Zeitpunkt der Eröffnung des Muribades bereitzustellen. Dies würde bedeuten, dass man ein weiteres Jahr zuwarte. Er warne ausdrücklich und mit aller Deutlichkeit von den Folgen, wenn dort etwas passiere in Form von Verunreinigungen des Grundwassers durch Auslaufen von Öl, Benzin oder was auch immer. Er möchte dann dort nicht hinstehen und sagen müssen, das Parlament habe den Kredit nicht bewilligt; dies könne es nicht sein. Es sei ausdrücklich erwähnt worden, dass der Parkplatz saniert werden müsse, wenn die Baustelle im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutzprojekt – immerhin erhalte man noch CHF 50'000.00 dafür – nicht mehr vorhanden sei. Jetzt sei der Zeitpunkt da, um dies zu machen, und nicht, wenn alle ins Muribad wollten und die Velos nicht abstellen könnten. Noch etwas zu den Kosten bzw. den nicht berechneten Kosten: Im Rahmen der Sanierung habe man den heutigen Zustand festgehalten, was den Ticketautomaten betreffe. Dazu habe man, wie auch dem Plan zu entnehmen sei, einen zweiten angedacht. Der Ticketautomat sei zwar – wie schon von Beat Wegmüller erwähnt – nicht gerade kundenfreundlich, indem man mit einer Busse rechnen müsse, wenn man bei schönem Wetter etwas länger als vorgesehen im Bad verweile. Es stelle sich nun die Frage, ob man die Sanierung jetzt vornehmen oder sein lassen wolle, und dafür die ganzen Fragen rund um die Bewirtschaftung bzw. um das Konzept richtig diskutieren wolle. Er denke, dies sei auch ein Auftrag im Rahmen des ASP-Programms. Man müsse sich klar werden, was man in dieser Frage wolle. Dies nun an diesem einzelnen Projekt aufhängen zu wollen, wäre seiner Meinung nach komplett falsch. Deshalb bitte er die Ratsmitglieder, dem Antrag auf Sanierung des Parkplatzes zuzustimmen und den Rückweisungsantrag und den Zusatzantrag abzulehnen.

Der Vorsitzende orientiert, es folge nun die Behandlung des ***Rückweisungsantrags der forum-Fraktion***.

Martin Häusermann (forum) führt aus, er wolle nochmals kurz begründen, weshalb die forum-Fraktion diesen Rückweisungsantrag stelle. Es handle sich um folgende drei Gründe:

- Die Einheit der Materie sei nicht gegeben. Das forum sehe eine einheitliche Materie, nämlich die Sanierung des Parkplatzes und die Barriere oder was immer es dann sei.
- Man wisse nicht, ob bei diesem Geschäft andere Varianten geprüft worden seien und es würden dem Rat auch keine Varianten unterbreitet. Das forum möchte wissen, was alles geprüft worden sei und weshalb gerade die vorliegende Variante beantragt werde.

- Bezug zum Investitionsplan: Im Investitionsplan sei dieses Projekt mit einer mittleren Priorisierung und einem Kredit von CHF 300'000.00 enthalten. Die Botschaft nehmen keinen Bezug darauf und das Forum sei der Meinung, bei einem Kredit von CHF 400'000.00 bzw. CHF 350'000.00 sollte Bezug auf den Investitionsplan genommen werden.

Die Forum-Fraktion würde sich freuen, wenn die Ratsmitglieder den Rückweisungsantrag unterstützen würden.

Andrea Corti (FDP) führt aus, aus seiner Sicht sei eine Rückweisung nicht nötig. Man habe gehört, es gehe hier heute nicht um "Barriere ja oder nein, Standort, Ticketautomat etc.", sondern nur darum, dass dieser Parkplatz saniert werde, um das Grundwasser zu schützen. Wie von Christian Staub zu hören gewesen sei, sei dies dringend nötig. Auch sollten keine zeitlichen Verzögerungen eintreten, da der Parkplatz ansonsten bei Beginn der Badesaison nicht benutzt werden könne. Wie ebenfalls zu hören gewesen sei, sei bezüglich Barriere und Ticketautomat etc. die Exekutive zuständig. So stehe dem Gemeinderat auch genügend Zeit für Überlegungen zur Verfügung, welche Variante – auch im Zusammenhang mit den Kosten – die bessere sei. Dies könne nicht heute Abend entschieden werden; die Rückweisung sei seiner Meinung nach nicht nötig.

Das Wort wird zum Rückweisungsantrag nicht weiter verlangt.

Der Vorsitzende orientiert, es folge nun die Behandlung des **Zusatzantrags der SP-Fraktion**.

Andrea Corti (FDP) erklärt, Beat Wegmüller habe ausgeführt, durch diesen Zusatzantrag werde die Botschaft verbessert. Er sehe dies etwas anders. Würde der Zusatzantrag angenommen, wäre schon zementiert, dass dort eine Barriere hinkomme, ohne dass hätte geprüft werden können, ob dies wirklich sinnvoll sei. Klar hätte es vielleicht gewisse Vorteile, wenn die Leute nur für die effektive Parkierungsdauer bezahlen müssten. Man müsse aber auch die Nachteile sehen und diese müssten näher abgeklärt werden. Nur schon die Bereitstellung eines Piktetdienstes; Barrieren würden immer wieder nicht funktionieren, nicht nur in Parkhäusern, sondern generell. Es gebe auch Leute, die das Ticket verlieren würden und hinausfahren möchten. Dafür müsste ein Dienst aufgestellt werden, der sofort reagieren könnte und je schneller dieser reagieren müsste, desto mehr koste er; abgesehen von den ganzen Investitionskosten. Die Variante Barriere müsse also genau angeschaut werden und deshalb könne dem Zusatzantrag – ohne die genauen Abklärungen vorgenommen zu haben – heute Abend nicht zugestimmt werden.

Beat Wegmüller (SP) führt aus, der Standort für diese Barriere auf dem Plan sei ja wohl nicht aus heiterem Himmel gekommen. Die Planer hätten sich vermutlich etwas überlegt; also sei dies ja schon eine Option gewesen. Beim genauen Betrachten des Antrags der SP könne festgestellt werden, dass nur zu dieser Barriere etwas gesagt werde, für den Rest sei der Gemeinderat frei. Es gehe nur um die Einrichtung einer Barriere bei der Ein- und Ausfahrt. Wann die Barrieren eingeschaltet resp. unten oder oben sein sollten, stehe nicht im Antrag. Ebenfalls nichts stehe über die Gebührenerhöhe und wann Gebühren erhoben werden sollten, all dies liege in der Kompetenz des Gemeinderats. Es wäre aber wirklich sinnvoll – schon jetzt –, wenn man wüsste, ob auf dem Parkplatz unten noch freie Plätze verfügbar seien oder nicht. Im Sommer könne jeweils festgestellt werden, wie viele Autos hinunterfahren, wieder hinaufkommen und dann im Quartier einen Platz suchen würden. Der Antrag der SP beziehe sich konkret nur auf die Barriere und beim Rest sei der Gemeinderat frei. Er sehe keinen Grund, weshalb man den Antrag der SP-Fraktion nicht annehmen könnte.



Andrea Corti (FDP) erklärt zum Argument, es würden weniger Autos hinunterfahren: Dazu nütze die Barriere nichts, da man ja erst feststelle, dass man nicht hineinfahren könne, wenn man bereits unten sei.

Christian Staub führt aus, er müsse Beat Wegmüller widersprechen. Die Formulierung des Antrags der SP-Fraktion beinhalte eine Verpflichtung ("... ist einzurichten..."). Was die SP wolle, sei eine Schranke. Der Gemeinderat könnte also nicht entscheiden, ob Schranke oder nicht. Zudem würde von Mitteln gesprochen, die zurzeit nicht bereitgestellt werden könnten. Mit dieser Verpflichtung würden dem Gemeinderat Fesseln angelegt, die er in dieser Form nicht wolle. Auch das Parkplatzreglement sage ganz klar, es sei Sache des Gemeinderats zu entscheiden, in welcher Art und Weise und in welcher Höhe er ein Inkasso mache. Mit dem vorliegenden Zusatzantrag sei absolut klar, dass nur eine Schranke in Frage komme. Wenn der Gemeinderat zu anderen Schlüssen komme und entscheide, den Ticketautomaten zu behalten und vielleicht einen zweiten aufzustellen, so wäre dies eine weitere Option, die von ihm persönlich ebenfalls in Betracht gezogen werden könnte. Er mache nochmals beliebt, diesem Zusatzantrag nicht zuzustimmen.

#### Abstimmung über den Rückweisungsantrag der forum-Fraktion

##### Beschluss

Der Rückweisungsantrag der forum-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

#### Abstimmung über den Zusatzantrag der SP-Fraktion

##### Beschluss

Der Zusatzantrag der SP-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

##### Beschluss (grossmehrheitlich)

1. Die vorgeschlagene Sanierung und Umgestaltung wird gutgeheissen.
2. Zur Finanzierung des Vorhabens (Sanierung und Umgestaltung) wird ein Objektkredit in der Höhe von netto CHF 350'000.00 (inkl. MWST) gesprochen.

## **9 Motion Wegmüller (SP): Netzschliessung Fussgängerverbindung Gümligen-Allmendingen im Bereich des geplanten Kreisels "Froumholz"**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er nehme von diesem Zwischenbericht positiv Kenntnis. Allerdings müsse er bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass die Anliegen der Organisation Fussverkehr und Pro Velo Bern im Auflageverfahren vom ASTRA nicht berücksichtigt worden seien. Das ASTRA habe sie in seinem Bericht und Antrag an das UVEK nicht einmal erwähnt. Die Gemeinde Muri müsse also am Ball bleiben, damit die Fussgängerverbindung nach Allmendingen auch sicher erstellt werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion Wegmüller (SP) betreffend Netzschliessung Fussgängerverbindung Gümligen-Allmendingen im Bereich des geplanten Kreisels "Froumholz" wird Kenntnis genommen.

**10 Motion Wegmüller (SP): Vorhandene Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung einer Energiestrategie in Muri-Gümligen einsetzen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) führt aus, er sei bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Er danke dem Gemeinderat für die Antwort und sei erfreut, dass er das Postulat annehmen wolle. Den meisten Leuten sei gar nicht bekannt, dass sie als Strombezüger pro kWh 1,5 Rappen via BKW der Gemeinde abliefern würden. Seit dem Jahr 2009 sei die Abgabe auch auf der Rechnung der BKW konkret und transparent ersichtlich. Wie dem Postulat zu entnehmen sei, gehe es darum, dass die Gemeinde einen Drittel dieses Geldes in Energieeffizienzmassnahmen und erneuerbare Energien investiere. Dies mache pro Jahr ungefähr einen Betrag von CHF 215'000.00 aus. Ihm scheine, dass dies eine vernünftige und tragbare Lösung für die Gemeinde sei. Er sei gespannt, wie der Gemeinderat nach der öffentlichen Mitwirkung zum Energierichtplan konkret das zweckgebundene Projekt angehe. Er bitte den Rat, der Überweisung dieses Postulats zuzustimmen.

Kevin Jordi erklärt, die forum-Fraktion sei mit der Umwandlung in ein Postulat grundsätzlich einverstanden. Es sei erfreulich, dass der Gemeinderat den zweckgebundenen Einsatz der Konzessionsgebühren begrüsse. Das forum vermisse jedoch schon etwas einen innovativen Ansatz oder eine Vorreiterrolle im Sinne des Energieleitbildes der Gemeinde. Es sei bekannt, dass Energie ein kostbares Gut sei, welches möglichst effizient genutzt werden sollte. Um den kantonalen Vorgaben gerecht zu werden, müssten wir unsere Ziele angehen. Hier sei anzumerken, je früher gehandelt werde, desto besser. Wie bereits erwähnt werde die forum-Fraktion der Umwandlung in ein Postulat zustimmen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Daniela Pedinelli nicht verlangt.

Beschluss

Das Postulat Wegmüller (SP): "Vorhandene Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung einer Energiestrategie in Muri-Gümligen einsetzen" wird überwiesen.

**11 Motion SP-Fraktion: Muri-Gümligen strebt eine zukunftstaugliche Energienutzung an**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, sie möchte zur Stellungnahme des Gemeinderats nur wenige Ergänzungen anbringen. Gerade gestern habe der Gemeinderat den Energierichtplan zu Händen der öffentlichen Mitwirkung verabschiedet. Das öffentliche Mitwirkungsverfahren beginne am 11. Februar und dauere

bis zum 12. März 2014. Am 11. Februar 2014 finde zur Eröffnung des Mitwirkungsverfahrens eine Informationsveranstaltung im Mattenhofsaal statt, auf die sie später unter "Mitteilungen des Gemeinderats" noch zurückkommen werde. Nach Abschluss des Mitberichtsverfahrens würden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet, der Energierichtplan überarbeitet und dieser dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur Vorprüfung vorgelegt. Nach der Vorprüfung erfolge eine allfällige nochmalige Überarbeitung, dann werde der Energierichtplan dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Der verabschiedete Energierichtplan müsse am Schluss vom Kanton genehmigt werden. Anschliessend würden gestützt auf den Richtplan die mittel- bis langfristigen Anpassungen bei ZPP's, Überbauungsordnungen und im Baureglement erfolgen. Die aufgezählten Meilensteine würden aufzeigen, dass es verfrüht wäre, den Gemeinderat schon heute zur Umsetzung des Richtplanentwurfs zu verpflichten. Die öffentliche Mitwirkung würde damit zur reinen Farce verkommen. Und auch die Genehmigung durch den Kanton stehe noch aus. Der Gemeinderat habe wiederholt betont, dass ihm die Umsetzung von BEakom II und des Energieleitbilds sehr wichtig sei. Gerade in der heutigen Zeit sei eine aktive Energiepolitik von grosser Bedeutung. Aber der Gemeinderat könne nicht bereits heute umsetzen, was er noch gar nicht definitiv verabschiedet habe. Es wäre sehr problematisch, wenn der Rat ihn dazu verpflichten würde. Selbstverständlich sei der Gemeinderat überzeugt, dass der Richtplan, der zur öffentlichen Mitwirkung aufgelegt werde, gut sei. Aber er werde ja gerade aufgelegt, um Fehler oder falsche Stossrichtungen zu erkennen. Und der Kanton prüfe den Energierichtplan auch auf Fehler und auf Inkompatibilitäten mit dem übergeordneten Recht. Das Wort "möglich" im Motionstext helfe hier leider nicht wirklich weiter. Zwar erwecke das Wort den Anschein, dass Spielraum bestehe. Der Gemeinderat solle selber entscheiden, was möglich sei und was nicht. Aber ob wir denn sicher seien, dass der Gemeinderat nicht als möglich erachten könnte, was sich im öffentlichen Mitwirkungsverfahren oder nach Vorprüfung des Kantons als nicht machbar oder rechtlich unzulässig erweise? All dies werde in der Stellungnahme unter dem – vielleicht etwas hässlichen – juristischen Wort "Vorwirkung" subsumiert. Der Gemeinderat meine damit, dass er zur Umsetzung dessen verpflichtet sei, was er auch definitiv und nach Einhaltung aller vorgesehenen Verfahrensschritte beschliessen werde. Nur aus diesem Grund – und nicht etwa, weil die Umsetzung von BEakom II nicht wichtig und dringlich wäre – empfehle der Gemeinderat den Ratsmitgliedern, diese Motion abzulehnen.

Beat Schneider (SP) erklärt, er danke dem Gemeinderat für die zügige Behandlung dieses Vorstosses. Er sei nicht Jurist und könne daher auch nicht abschätzen, ob damit eine Rechtsunsicherheit entstehe. Er denke aber, dass mit der Formulierung "möglichst" genügend Spielraum vorhanden wäre, um sich nichts zu verbauen, ein Zeichen zu setzen und die Energiebelange bei wichtigen anstehenden Geschäften einfließen zu lassen. Ein Ziel sei mit dem Vorstoss schon einmal erreicht worden, indem griffige Energiebestimmungen in die Überbauungsordnung zur Ballsporthalle eingeflossen seien. Er hoffe, dass der Gemeinderat bei nächsten Vorhaben ähnliche Prioritäten setze und gleiche Bestimmungen einfließen lasse. Auch der GGR könnte heute im Sinn einer zukunftsgerichteten Nutzung von Energie ein Zeichen setzen und der Motion entsprechend zustimmen. Deshalb halte er – entgegen dem Vorschlag des Gemeinderats – an dieser Motion fest.

Martin Häusermann erklärt namens der forum-Fraktion, der Energierichtplan sei seit dem Jahr 2011 in Bearbeitung und werde hoffentlich bald einmal verabschiedet. Mit einem Zeithorizont bis ins Jahr 2035 werde er ein langfristiges Planungsinstrument sein. Das Jahr 2035 sei das Zieljahr des Kantons Bern für einen Anteil von 70 % erneuerbarer Energie bei der Raumwärme. Der Massnahmenplan (Stand 2. Zwischenbericht, Mai 2012) sehe 5 Vorhaben vor, die bis 2020 realisiert sein und dazumal ihre Wirkung erzielen sollten. Das forum verstehe die Ungeduld der SP und den Wunsch, raschmöglichst Nägel mit Köpfen zu machen. Auch das forum sei enttäuscht

über die lange Entstehungszeit des Energierichtplanes und das damit empfundene Nicht-Vorwärtskommen. Für die SP-Motion habe man deshalb eine gewisse Sympathie. Trotzdem sei fraglich, ob diese Motion zum richtigen Zeitpunkt komme und ob sie genügend griffig formuliert sei. Sie fordere in gekürzter Fassung: "Massnahmen aus dem Energierichtplan möglichst umzusetzen"; gemeint sei wohl bereits vor Inkrafttreten des Energierichtplans. Und was antworte der Gemeinderat? Auch dies in gekürzter Fassung: "Massgebend ist heute das Energieleitbild 2010, Massnahmen aus dem Energierichtplan sollen soweit sinnvoll und machbar herangezogen werden". Dies töne nicht gerade mutig und zukunftsgerichtet und wecke auch kein Vertrauen zum noch ungeborenen Energierichtplan; es werde damit das Risiko in Kauf genommen, einen Papiertiger zu produzieren. Er habe sich überlegt, wie der Gemeinderat ein klares Bekenntnis zu einer zukunftstauglichen Energienutzung machen könnte. Er schlage einige Varianten vor. Er hätte z.B. sagen können (natürlich nur, sofern zutreffend):

- Nach Inkrafttreten werde er die Massnahmen aus dem Energierichtplan auf die Zeitachse legen und weiter konkretisieren.
- Von den 5 Massnahmen mit Zeithorizont 2020 seien bereits x in der Vorplanung (Kostenschätzung etc.). Hinweis: Unter den 5 Massnahmen würden sich u.a. das Gemeindehaus (V3), Werkhof/Seidenberg (V7) oder das Alterswohnheim (V11) befinden.
- Im Gebiet Siloah werde die Massnahme (V16) bereits umgesetzt, der Neubau des Hauses Elim werde an den Wärmeverbund angeschlossen. Die Eigentümer seien einverstanden, die weiteren Neubauten ebenfalls anzuschliessen.

Er meine, solche Aussagen würden Vertrauen schaffen und die Glaubwürdigkeit erhöhen. Wenn der Gemeinderat die kommunale Energiepolitik wirklich aktiv gestalten wolle, so brauche es mehr als das bisher Gezeigte. Mit diesem Kommentar werde das forum die SP bei der Überweisung der Motion unterstützen.

Beat Schmitter erklärt, die FDP/jf-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderats und werde die Überweisung der Motion ablehnen. Der Energierichtplan befinde sich noch im Mitwirkungsverfahren und es sei aus seiner Sicht auch aus demokratischen Überlegungen nicht angebracht, diesen nun vor Abschluss des Verfahrens – es könnten noch Mitwirkungen und Inputs kommen – in Kraft zu setzen oder teilweise umzusetzen. Der Energierichtplan werde ja dann behördenverbindlich sein und müsse umgesetzt werden. Vorher sei die Ballsporthalle angesprochen worden. Dort seien die Auflagen seitens des Kantons in Bezug auf die Energie derart hoch und anspruchsvoll gewesen, dass relativ viel habe umgesetzt werden müssen. Wie erwähnt werde die FDP/jf-Fraktion die Überweisung der Motion ablehnen.

Andrea Corti (FDP) führt aus, er wolle einzig darauf hinweisen, dass es bei der Ablehnung der Motion nicht gegen die Idee selber oder gegen die Motion an sich gehe, sondern dass es eben wenig Sinn mache, der Planung vorzugreifen oder diese schon in eine Richtung zu dirigieren, die sich zu einem späteren Zeitpunkt – anlässlich der Mitwirkung – vielleicht als wenig sinnvoll herausstelle. Die Mitwirkung stehe noch bevor und die Anliegen könne man allenfalls dort einfliessen lassen.

Daniela Pedinelli erklärt, sie möchte als Schlussbemerkung nur noch ganz kurz auf die Ausführungen von Martin Häusermann eingehen. Erstens habe der Gemeinderat durchaus dargelegt, was er im Energiebereich realisieren wolle. Die Legislaturplanung sei dem Rat ja gerade heute vorgelegt worden. Und zweitens erstaune es sie, dass gerade jene Akteure, welche die Einhaltung demokratischer Prinzipien und die stärkere Mitwirkung und Einbindung der Bevölkerung einfordern würden, hier ein solches Vorgehen durchsetzen möchten.

Das Schlusswort wird von den Motionären nicht verlangt.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Die Überweisung der Motion SP-Fraktion: "Muri-Gümligen strebt eine zukunftstaugliche Energienutzung an" wird abgelehnt.

**12 Motion forum-Fraktion betr. bedarfsgerechte Ferienbetreuung für Schulkinder**

Das Geschäft ist durch den Gemeinderat zurückgezogen worden.

**13 Informationen des Gemeinderats**

Energierichtplan

Daniela Pedinelli erklärt, wie sie bereits erwähnt habe, finde am 11. Februar 2014 im Mattenhofsaal angesichts der Eröffnung des öffentlichen Mitwirkungsverfahrens zum Energierichtplan eine Informationsveranstaltung statt. Es seien alle herzlich dazu eingeladen. Die Veranstaltung beginne um 19.00 Uhr und der offizielle Teil dauere bis ca. 20.15 Uhr. Eingeladen sei auch Rita Haudenschild, Gemeinderätin von Köniz, welche von ihren Erfahrungen mit der Umsetzung des Richtplans in der Gemeinde Köniz berichten werde. Anschliessend werde ein Apéro offeriert. Man habe die Ratsmitglieder nicht mit Papier überfluten wollen, aber wer möchte, könne bei ihr sowohl die Mitteilung abholen, welche am kommenden Donnerstag in den Lokal-Nachrichten publiziert werde, wie auch die Kurzversion des Energierichtplans, die allerdings noch keine Energieplankarte enthalte.

Sanierung Schloss- und Kirchenmauer

Christian Staub führt aus, in diesem Zusammenhang liege der wohl älteste noch hängige parlamentarische Vorstoss vor. Der Kanton habe eine Evaluation vorgenommen, mögliche Varianten ins Auge gefasst und Abklärungen bezüglich Kosten vorgenommen. Man sei noch nicht so weit, dass man genaue Aussagen machen könnte; die Planung sei am Laufen. Die Eigentümerschaft des Schlosses Muri werde eine gewisse Rolle spielen. Das Geschäft sei aufgegleist und er hoffe, dass es trotz Sparmassnahmen des Kantons endlich zu einer Lösung komme.

Kreisel Scheyenholz

Christian Staub erklärt, die Idee sei gewesen, dass der Kanton Bern als Eigentümer des Kreisels den Ausbau im Zusammenhang mit der gesamten Planung und Weiterentwicklung der Autobahnausfahrt Muri an das ASTRA abtrete. Das ASTRA übernehme den Kreisel nicht und der Kanton sei aufgrund der Ablehnung der Vignetterhöhung nicht mehr bereit, den Kreisel auszubauen. Dies bedeute, dass der heutige Status quo auch in nächster Zukunft so bleiben werde. Wie dies konkret weitergehe, sei im Moment nicht klar.

Kreisel Froumholz

Christian Staub erklärt, dieser Kreisel – beim CC-Markt – werde durch das ASTRA gebaut. Das Vorhaben sei unbestritten und seitens des ASTRA seien alle Planungsarbeiten so weit fortgeschritten, dass schon bald die konkrete Ausführung in Angriff genommen werden könne, dies trotz Ablehnung der Erhöhung des Vignettenpreises.

Bahnhof Gümligen, Begegnungszone

Christian Staub führt aus, dieses Geschäft habe eine gewisse Dimension angenommen, auch im Sinn von Kosten. Die Rede sei hier nicht mehr von bescheidenen Beiträgen, sondern von recht massiven Mitteln, die es brauche. Die beiden Anstösser bzw. Grundeigentümer hätten ihren Beitrag noch nicht gesprochen, den es brauche,

damit man zu einer sinnvollen Lösung gelange. Die SBB wollten dort ein neues Stationsgebäude errichten, mit einem Kiosk und einer Vergrößerung der Veloparkplätze auf der Seite, wo das jetzige Betriebsgebäude stehe. Das Vorhaben sei unbestritten, es gehe rein um die Platzgestaltung, an welche möglichst viele Parteien bezahlen sollten, damit sie für die Gemeinde nicht so teuer zu stehen komme. Es werde noch nach Lösungen gesucht; es handle sich aber um ein schwieriges Geschäft, da viele "Player" mit ebenso vielen unterschiedlichen Meinungen involviert seien.

## 14 Neue parlamentarische Vorstösse

### Dringliche Motion Brügger (SP) betreffend "Planungszone für Mobilfunkantennen"

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Planungszone für Mobilfunkantennen zu realisieren. Dabei sei zu beachten, dass die Bevölkerung in ihrem Wohlbefinden nicht erheblich gestört wird und Wohnquartiere, Schulen und Kindergärten usw. grundsätzlich als antennenfreie oder strahlenarme Quartiere ausgeschieden werden können. Alle hängigen Baubewilligungsverfahren werden ab sofort während dieser Zeit eingestellt.

#### Begründung:

- 1) Der Aufbau der neuen Generation der Mobilfunkantennen hat jetzt begonnen. Es fehlt jedoch weiterhin eine Langzeitstudie von Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bevölkerung. Bei empfindlichen Personen können Beschwerden wegen diesen Anlagen auftreten. Das ist an sich unbestritten. Die Angst vor Strahlenschädigung und die Skepsis gegenüber dieser Technologie ist allgegenwärtig in unserer Umgebung. Die aktuellen zahlreichen Einsprachen gegen die geplante Sunrise Mobilfunkantenne an der Thunstrasse 158 sind der Beweis.
- 2) Eine Planungszone für Mobilfunkantennen scheint unserer Meinung nach unumgänglich. In ein paar Jahren wird man die Mobilfunkantennen 5G aufbauen. Wo sollen in Zukunft noch Antennen zulässig sein, um den zurzeit herrschenden Antennenwildwuchs zu beenden? Es ist Zeit, dass die Gemeinde Muri eine Standortplanung und Koordination von Mobilfunkantennen vornimmt. Wir wollen nicht ein generelles Verbot für die verschiedenen Mobilfunkantennen, sondern eine Konzentration der Standorte in unbedenklichen Zonen. Wer von uns möchte schon eine Natelantenne bei sich auf dem Dach oder auf dem Dach seines Nachbarn haben? Es gibt bereits zahlreiche Gemeinden, die Planungszone für Mobilfunkantennen eingerichtet haben.
- 3) Eine zentrale Aufgabe der Gemeindeverwaltung ist der Schutz der Bevölkerung vor schädlichen oder lästigen Umwelteinflüssen, insbesondere auch hinsichtlich der Belastung mit nichtionisierenden Strahlen im Interesse einer überdurchschnittlichen Wohn- und Lebensqualität.

Muri, 15.01.2014

Y. Brügger

R. Racine, B. Wegmüller, K. Jordi, J. Stettler, G. Siegenthaler Muinde, M. Kämpf, K. Hässig Vinzens, Ch. Grubwinkler, B. Fitze Wehrle, V. Näf-Piera, M. Gubler, R. Raaflaub, M. Reimers (14)

Der Vorsitzende führt aus, man befinde sich vorliegend im Verfahren gemäss Art. 30 Abs. 4 der Geschäftsordnung des GGR. Dies bedeute, dass vorab der Motionär die Dringlichkeit zu begründen habe. Er erteile dafür das Wort an Yong Brügger.

Yong Brügger (SP) erklärt, heute sei ein normaler Dienstag, aber für die Einwohner seines Quartiers sei heute ein wichtiger Tag. In seinem Quartier würden Mitglieder aller Parteien, inklusive Personen, die die Ratsmitglieder und ihn gewählt hätten, wohnen. Sie alle hätten die Einsprache gegen die Sunrise Mobilfunkantenne unterschrieben. Für sie sei die Gesundheit ohne Angst das wichtigste Gut im Leben. Er vermute, dies sei auch für die Ratsmitglieder der Fall. Aber sie könnten heute Abend entscheiden, ob die Antenne gebaut werde und was mit der Gesundheit der Betroffenen passiere. Dies sei absolut legal. Er verzichte hier auf eine lange Liste der Wirkung der Angst wegen den Mobilfunkantennen auf die Gesundheit. Alle wüssten, dass eine Einsprache wie im vorliegenden Fall in der Praxis nur eine geringe Chance habe. Die Dringlichkeit sei deshalb eine logische Konsequenz dieser Situation. Ansonsten werde die Mobilfunkantenne trotzdem gebaut und man müsse bis zum Ablauf des Vertrags warten, bis die Mobilfunkantenne in eine Planungszone einbezogen werden könne. Nur mit einem dringlichen Moratorium könne man sicher sein, dass die Antenne nicht gebaut werde, nicht nur in seinem Quartier, sondern vielleicht auch im Quartier der Ratsmitglieder, bei deren Nachbarn oder sogar auf deren eigenem Dach. Bereits bei der Einführung des 4G-Natels sei von einer Verzehnfachung der Antennenanlagen die Rede, weil die Datenraten sich etwa alle 7 Monate verdoppeln würden. Ohne sofortige Regelung durch unsere Gemeinde könnten die Antennen aufgrund der aktuellen Gesetzeslage fast überall aufgestellt werden, wo sich ein Standortgeber befinde. Im Februar finde keine GGR-Sitzung statt. Es könnte sein, dass vor der März-Sitzung eine Telekomfirma bereits eine Antenne auf dem Dach eines Nachbarn eines Ratsmitglieds aufbauen dürfe. Das hässliche Antennengebilde sei nicht kompatibel mit dem vom Baureglement angestrebten Ziel einer harmonischen Bauweise und Anordnung. Wenn die Ratsmitglieder jetzt der Dringlichkeit und der Motion nicht zustimmen würden, hätten sie kein Recht mehr, später zu jammern. Hoffentlich würden sie dann auch konsequent bleiben und nicht wegen einer Mobilfunkantenne in ihrer Nähe umziehen. Niemand würde unter einer Planungszone für Mobilfunkantennen leiden, wenn diese Motion angenommen würde. Aber die Bevölkerung in seinem Quartier und in den Quartieren der Ratsmitglieder würde sich deswegen wohl fühlen und sich freuen. Sie wäre allen dankbar für die jetzige Zustimmung zur Dringlichkeit seiner Motion und zur Motion selbst.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, der Gemeinderat habe sich gestern Abend intensiv mit dem Thema "Planungszone für Mobilfunkantennen" auseinandergesetzt. Der Gemeinderat lehne die Dringlichkeit ab und möchte die Beantwortung der Motion im ordentlichen Verfahren vornehmen. Dies mit folgender Begründung: Die beantragte Dringlichkeit sei stark mit dem publizierten Baugesuch für den Antennenstandort Thunstrasse 158 verbunden, weshalb er vorab dazu einige Ausführungen mache: Die Bauverwaltung habe am 25. Oktober 2013 erstmals von diesem Projekt an der Thunstrasse 158 in einer Zone W2 Kenntnis erhalten. Die Publikation des Baugesuchs sei am 11. und 13.12.2013 erfolgt, die Einsprachefrist habe am 10. Januar 2014 geendet. Gemäss Bauverwaltung seien 5 Einsprachen eingegangen, ob rechtzeitig oder nicht, bleibe dahingestellt. *(Anmerkung: Der Gemeindepräsident teilte der Presse mit Mail vom 22. Januar 2014 im Sinne einer Präzisierung mit, dass – da eine der fünf Eingaben eine Sammeleinsprache darstelle – insgesamt 183 Einsprachen erfolgt seien.)* Die Grundeigentümerin habe zu Beginn dieses Jahres der Bauverwaltung schriftlich mitgeteilt, dass sie ihr Einverständnis widerrufe. Ob und wie weit dieser Widerruf das Baubewilligungsverfahren blockiere, aufhebe oder rückgängig mache, sei ungewiss; da hätte man von drei Juristen drei verschiedene Meinungen. Er bitte aber zur Kenntnis zu nehmen, dass die Grundeigentümerin ihre Zustimmung widerrufen habe und die Bauverwaltung im Moment nicht entscheiden könne, bevor der Sachverhalt geklärt sei. Dies zum Baugesuch.

Informationen zum Verfahren und zur Ortsplanung: Die Gemeinde Muri sei gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 5. August 2013 der "Vereinbarung über eine Standort-evaluation und Koordination von Mobilfunkanlagen (Dialogmodell)" beigetreten. Demzufolge müssten Anbieter von Mobilfunkanlagen ihre Bauabsichten der Gemeinde frühzeitig bekannt geben. Damit erhalte die Gemeinde die Möglichkeit, vorgängig zu einem Baugesuchsverfahren ihre Absichten einzubringen. Der Teufel stecke im Detail: In diesem Fall sei dieses Verfahren nicht erfolgt, da das AGR der JGK Sunrise zu spät mitgeteilt habe, dass die Gemeinde Muri die Modellvereinbarung unterschrieben habe. Dennoch habe Sunrise eine Diskussion gemäss Dialogmodell angeboten, sollte es begründete Einwände gegen den beantragten Standort geben. Aus Sicht der Bauverwaltung sei innerhalb eines Radius von 200 m – eines der Dialogmodelle – kein besserer Standort auszumachen gewesen, weshalb vom Diskussionsangebot kein Gebrauch gemacht worden sei. Und wie alle wüssten, habe das Stimmvolk am 8. Februar 2004 einem Moratorium zugestimmt, wonach auf Gebäuden im Eigentum der Einwohnergemeinde Muri bei Bern im Sinne eines Moratoriums für die nächsten 10 Jahre bei Antennenanlagen die Gesamtleistung ERP von 2'100 Watt pro Gebäude nicht überschritten werden dürfe (Ausnahme: Gebäude Thunstrasse 74 in Muri max. 2'700 Watt ERP). Noch etwas zur Ortsplanung: In der OPR 2012 sei eine Regelung vorgeschlagen worden – die nota bene überhaupt nicht bestritten gewesen sei –, dass Antennenanlagen in erster Linie in den Arbeitszonen zuzulassen seien. Mit der Ablehnung der Ortsplanung sei diese Regelung nicht in Kraft getreten. Diejenigen, die an der Informationsveranstaltung vom 27. November 2013 zur Ortsplanung (Ortsplanungsstrategie 2013+) teilgenommen hätten, hätten mitbekommen, dass seitens von Beteiligten der Wunsch geäussert worden sei, dass in den vielen aufgeführten Massnahmen auch wieder "Antennenstandorte" aufgenommen würden. Dies sei in der Zwischenzeit gemacht worden. Seine weiteren Ausführungen würden Bezug nehmen auf den vorgesehenen bzw. damals vorgeschlagenen Artikel 415 des Baureglements zu den Aussenantennen, weshalb dieser Wortlaut nun verteilt werde.

Thema Gesundheit: So verständlich auch ein Unbehagen vor allem in direkter Nachbarschaft zu einer Antennenanlage sein möge: Für die Baubewilligungsbehörde sei die Umweltschutzgesetzgebung mit den Immissions- und Anlagengrenzwerten ausschlaggebend. Seien diese eingehalten, so habe der Baugesuchsteller Anrecht auf eine Bewilligung. Er könne vorwegnehmen, dass das Beco im vorliegenden Fall die Bewilligung in Aussicht gestellt habe, da eben die Immissions- und Anlagengrenzwerte eingehalten würden. So viel zum Baugesuch als solches. Nun zur Planungszone: Wie diese definiert sei? Er zitiere aus den Planungsbriefen der Kantonalen Planungsgruppe: *"Die Planungszone wird erlassen, wenn zur Sicherung raumplanerischer Interessen Nutzungspläne geändert oder solche erlassen werden müssen. Planungszonen beschlagen immer ein bestimmtes Gebiet; die Planungszone gilt daher in einem parzellenscharf definierten Perimeter. Die Planungszone wirkt auf Nutzungspläne, laufende Baubewilligungsverfahren – sofern diese nicht mehr als 3 Monate hängig sind – und auf bereits baubewilligte Bauvorhaben."* Die Interpretation der Anforderungen im konkreten Fall: Wenn diese Woche grundsätzlich noch eine Planungszone beschlossen würde, würde eventuell die Möglichkeit bestehen, das Bauvorhaben noch mit einer Planungszone zu belegen. Vielleicht; er möchte dies nicht bis hinten hinaus konkret abklären müssen. Die Planungszone müsse sich aber auf konkretes Territorium beziehen und mit dem Ortsbild oder Landschaftsbild begründet sein. Eine thematische Planungszone für Antennen auf dem Gemeindegebiet oder wie beantragt in allen Wohngebieten sei schlicht nicht zulässig. Das AGR würde so etwas nicht genehmigen. Mit einer solchen Planungszone seien andere Bauvorhaben im gesamten Perimetergebiet betroffen, d.h., die Behörde, die die Planungszone erlassen habe, müsste zu jedem baubewilligungspflichtigen Vorhaben – sei es ein Anbau oder eine Sanierung etc. – die Zustimmung erteilen. Antennenprojekte ausserhalb der Planungszone wären aber weiterhin möglich. Die möglichen Auswirkungen auf die Telekominfrastruktur – man wisse, dass die Abdeckung am



Aarehang schlecht sei – hätten innerhalb der kurzen Zeit nicht abgeklärt werden können.

Folgerungen daraus: Der Gemeinderat habe sich intensiv mit dem vorgeschlagenen Art. 415 Baureglement auseinandergesetzt. Die Schlussfolgerung des Gemeinderats laute dahingehend, dass die Antenne am Standort Thunstrasse 158 auch mit dem Art. 415 bewilligungsfähig wäre. Daher sehe der Gemeinderat davon ab, in dem noch zu bestimmenden Perimeter eine Planungszone zu erlassen und damit entfalle die Dringlichkeit. Der Gemeinderat habe aber ein grosses Interesse daran, auf der Basis der eingereichten Motion eine fundierte Antwort auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen. Denn aufgrund der Erstbeurteilung des Motionstextes müsste der Gemeinderat – sollte die Dringlichkeit gegeben sein – dem Parlament die Ablehnung der Motion beantragen, da das Begehren in dieser Form und mit dieser Begründung – vor allem gesundheitliche Schäden – nicht umgesetzt werden könnte. Fazit: Der Gemeinderat ersuche den Rat, die Dringlichkeit abzulehnen, damit dem Parlament im Rahmen der eingereichten Motion eine fundierte Antwort vorgelegt werden könne.

Der Vorsitzende erklärt, er eröffne hiermit die Diskussion, die sich allerdings allein auf die Frage der Dringlichkeit der Motion beschränke. Er werde streng eingreifen, wenn jemand allzu sehr materiell auf die Motion eintrete.

Beat Schmitter führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe die vorliegende Motion geprüft und sei zum Schluss gekommen, dass die Dringlichkeit der Sache nicht gegeben sei. Wie die Erfahrungen der Vergangenheit in der Gemeinde mit Mobilfunkantennen zeigen würden, sei das Thema sehr emotional belastet und irgendwelche Aktivitäten in dieser Richtung müssten sehr seriös geprüft werden. Neben den Bürgern, die Bedenken hätten, gebe es auch diejenigen, die die Mobilkommunikation intensiv nutzen würden. Gemäss neuesten Statistiken besitze jeder Schweizer 1,7 Mobilkommunikationsgeräte. Es würden also ganz unterschiedliche Interessen vorliegen. Die Zeit für eine umfassende Auseinandersetzung mit der Motion sei seit deren Bekanntwerden schlicht nicht ausreichend gewesen, um sich ein Bild zu machen, um was es gehe. Komme dazu, dass die rechtliche Situation – wie soeben zu hören gewesen sei – umstritten sei. Die Fraktion werde also der Dringlichkeitsklärung nicht zustimmen, sei aber absolut bereit, nachher an einer Lösung, die den Interessen aller beteiligter Kreise entgegenkomme, mitzuarbeiten.

Yong Brügger (SP) erklärt, ihm scheine, in der Stadt Bern gebe es seit Jahren ein Moratorium für Mobilfunkantennen und auch in unserer Nachbargemeinde Ostermundigen sei ein solches vorhanden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (8 Ja / 27 Nein / 1 Enthaltung)

Die Dringlichkeit der Motion Brügger (SP) betreffend "Planungszone für Mobilfunkantennen" wird abgelehnt.

Der Vorsitzende führt aus, die Motion werde zusammen mit den anderen parlamentarischen Vorstössen – die nun noch zu hören seien – dem Gemeinderat vorgelegt.

**Motion Treier (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP) betreffend „ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderates“**

Der Gemeinderat wird beauftragt, bei der Durchführung der Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP) den Grossen Gemeinderat aktiv in den Prozess einzubeziehen.

**Begründung**

Im Rahmen der vom Gemeinderat in Aussicht gestellten Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP) sollen Optimierungs- und Einsparmöglichkeiten evaluiert werden. Im Hinblick auf die Nutzung der Überlegungen seitens des Grossen Gemeinderates wie auch im Hinblick auf eine gute Verankerung möglicher Massnahmen erachten wir es als sachdienlich, wenn das Parlament frühzeitig in den Prozess einbezogen wird.

Den Einbezug des Parlamentes in der Projektorganisation ASP können wir uns z.B. in der Form als „nicht ständige Kommission“ vorstellen.

Gümligen, 16.01.2014

H. Treier  
M. Häusermann  
B. Wegmüller

J. Gossweiler, D. Bärtschi, R. Sigrist, A. Corti, F. Schwander, W. Thut, L. Müller Frei, Ch. Spycher, F. Burkhard, M. Gubler, R. Raaflaub, Ch. Grubwinkler, M. Kämpf, K. Hässig Vinzens, J. Stettler, M. Reimers, E. Mallepell, D. Arn, B. Schmitter, K. Jordi, P. Kneubühler, A. Lüthi, B. Marti, R. Racine, B. Schneider, G. Sidgenthaler Muinde, Y. Brügger, B. Fitze Wehrle (31)

**Motion Wegmüller (SP) betr. Einführung einer flächendeckenden Parkplatzbewirtschaftung in Muri-Gümligen**

Der Gemeinderat wird beauftragt, auf allen öffentlichen Strassen und Parkeinrichtungen in Muri und Gümligen während des ganzen Jahres eine flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung einzuführen.

**Begründung**

Mit dem Reglement über die Benützung der öffentlichen Parkplätze vom 1. Januar 2006 wurde die Rechtsgrundlage geschaffen, damit in der Gemeinde eine Parkplatzbewirtschaftung durchgeführt werden kann. In der Folge konnten im Bereich des öffentlichen Verkehrs, beim Bahnhof Gümligen und bei den RBS-Haltestellen Parkzonenbereiche realisiert werden. Gemäss Zielsetzung soll folgendes erreicht werden:

- Weniger externe Pendlerinnen und Pendler in den Wohnquartieren
- Mehr freie Parkplätze für Anwohnende, Gewerbe und Kundschaft
- Weniger Suchverkehr in Wohnquartieren
- Bessere Wohn- und Lebensqualität

Seit der Realisierung der ersten Parkzonenbereiche vor 8 Jahren hat der Motorfahrzeugverkehr und die Verknappung der Parkplätze zugenommen. Vor allem im weiteren Umkreis von öffentlichen Haltestellen und Büroarbeitsplätzen ist dies in den Wohnquartieren feststellbar.

Im Weiteren kann es nicht Aufgabe der Gemeinde sein, unbeschränkt auf öffentlichem Grund dauernd Gratisparkplätze zur Verfügung zu stellen. Auch im Hinblick auf die Aufgaben- und Strukturüberprüfung ist die flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung zu realisieren.

Gümligen, 21. Januar 2014

B. Wegmüller

R. Racine, Y. Brügger, L. Müller Frei, J. Stettler, K. Hässig Vinzens, V. Näf-Piera, G. Siegenthaler Muinde, K. Jordi, W. Thut, B. Marti, B. Schneider (12)

### **Motion Racine (SP): Transparente Gemeinderatsentschädigungen**

Der Gemeinderat wird beauftragt, die massgebenden gesetzlichen Grundlagen so zu ändern, dass

- a) Die zusätzlich zum Gehalt (Gemeindepräsident) oder zur Entschädigung (nebenamtliche Gemeinderätinnen und Gemeinderäte) der Gemeinde erzielten Einkünfte aus amtlicher Tätigkeit (z.B. Verwaltungsratsmandate gbm, ara, KEWU, Vorstand Spitex) vollumfänglich in die Gemeindekasse fliessen, inklusive die in diesen Gremien entrichteten Sitzungsgelder.
- b) Der Gemeindepräsident neben seinem ordentlichen Gehalt keinen Anspruch auf Sitzungsgelder hat.
- c) Die nebenamtlichen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die von Amtes wegen in den Gremien gemäss Buchstabe a Einsitz haben, für ihre Arbeit einen Anspruch auf das ordentliche Sitzungsgeld gemäss den jeweils gültigen Ansätzen der Gemeinde (heute CHF 50.-) haben. Eine amtliche Tätigkeit im Sinne dieser Motion liegt vor, wenn eine Person des Gemeinderats in einer Institution (z.B. gbm, ara, KEWU, Spitex) die Gemeinde Muri vertritt, unabhängig davon, ob diese Person bei ihrem Rücktritt aus dem Gemeinderat diese Vertretung aufgeben muss (Einsitz von Amtes wegen) oder nicht (Einsitz fest, aber als Vertreter/in der Gemeinde Muri).

### **Begründung**

Es steht für die Motionäre ausser Frage, dass das Amt des Gemeindepräsidenten bzw. der Gemeinderätinnen und –räte grosszügig entlohnt werden müssen. Wir sind uns bewusst, dass eine Exekutivfunktion in einer Gemeinde eine verantwortungsvolle und herausfordernde Tätigkeit darstellt. Eine gute Entlohnung ist eine Selbstverständlichkeit: Der Gemeindepräsident von Muri-Gümligen wie auch die Gemeinderätinnen und –räte verdienen mit Blick auf vergleichbare Gemeinden in Bern überdurchschnittlich gut. Allerdings ist ein Quervergleich aufgrund der schwierigen Informationsbeschaffung nur bedingt möglich. Die Motion zielt denn auch einzig auf die Sitzungsgelder sowie auf Einkünfte aus amtlicher Tätigkeit. Bis heute herrscht hier wenig Transparenz. Es ist unklar, wer welchen Betrag für welche Funktion erhält. Im Sinne der Transparenz soll vermieden werden, dass bestimmte amtliche Tätigkeiten nur aufgrund einer tiefen oder hohen Entschädigung besetzt bzw. abgelehnt werden. Überdies sei nochmals daran erinnert, wie schmerzhaft die letzte Budgetdebatte für unsere Gemeinde verlaufen ist. Beim Frauenverein, bei der Aufgabenhilfe, bei der Bundesfeier, bei der Kultur sowie bei IV-Rentnern wird im fünfstelligen Bereich gespart. Gleichzeitig bleibt es für die Exekutivmitglieder weiterhin möglich, zusätzlich Sitzungsgelder und andere Einkünfte aus amtlicher Tätigkeit zu erzielen.

Gümligen, 16. Januar 2014

Raphael Racine

Y. Brügger, V. Näf-Piera, B. Wegmüller, B. Schneider, M. Bärtschi, K. Hässig Vinzens, L. Müller Frei, B. Fitze Wehrle (9)

### **Interpellation FDP/JF – Fraktion zu den Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Mettlenquartier**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR detaillierte Antworten zu den folgenden Fragen vorzulegen:

1. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, um kurzfristig der Verkehrsgefährdung durch Falschfahrer bei den Verkehrsinseln an der Pourtalèsstrasse zu begegnen.
2. Ist es aus Sicht des Gemeinderats möglich, anlässlich der offenbar anstehenden Sanierung der Pourtalèsstrasse die getroffenen Verkehrsberuhigungsmassnahmen zu überdenken und die Verkehrsinseln ggf. durch andere Massnahmen zu ersetzen?

#### **Begründung**

Im Rahmen der Tempo 30 – Beruhigungsmassnahmen wurden ab 2011 im Mettlenquartier verschiedene verkehrsberuhigende Massnahmen umgesetzt, so unter anderem 2 Verkehrsinseln an der Pourtalèsstrasse (Kreuzungen mit der Blümlisalpstrasse resp. mit dem Wehliweg). Diese Bauten, deren temporeduzierende Wirkung in guten Treuen in Frage gestellt werden kann, wird von vielen Anwohnern und Verkehrsteilnehmern weder verstanden noch wird die vorhandene Signalisation beachtet. Dadurch entstehen nicht unerhebliche Gefahren für den rollenden Verkehr. Glücklicherweise haben sich unseres Wissens bisher noch keine schwereren Unfälle ereignet.

Es kommt dazu, dass es für grosse Fahrzeuge, insbesondere auch Lastwagen, welche aus der Blümlisalpstrasse resp. aus dem oberen Wehliweg kommen und auf der Pourtalèsstrasse in Richtung Dorfzentrum fahren wollen, praktisch unmöglich ist, dies entsprechend der Signalisation zu tun, ohne teilweise über das Trottoir zu fahren. Da dieses Trottoir auch von Kindern auf dem Schulweg benutzt wird, besteht auch hier eine gewisse Gefahr.

Die folgende Abbildung soll dies für die Kreuzung Blümlisalpstrasse / Pourtalèsstrasse (VIPB Verkehrsinsel Pourtalèsstrasse – Blümlisalpstrasse) veranschaulichen:



**Abb. 1**

*Auf der Abbildung ist die Insel noch in ungekürztem Zustand zu erkennen. Der rote Pfeil zeigt, wie die Fahrer, von der Blümlisalpstrasse kommend, die VIPB links umfahren. Dadurch sind sie für Fahrer, die von der Kirche her kommen, sehr spät zu sehen.*

Eine ähnliche Situation besteht bei der Einmündung des Oberen Wehliwegs in die Pourtalèsstrasse.

Muri, 21. Januar 2014

Beat Schmitter  
Jsabelle Gossweiler

K. Jordi, J. Aebersold, D. Bärtschi, Ch. Grubwinkler, F. Burkhard, B. Schneider, D. Arn, B. Pulver-Schober, M. Reimers, P. Kneubühler, R. Raaflaub, A. Corti, E. Mallepell, M. Gubler, B. Fitze Wehrle, R. Sigrüst, W. Thut, H. Treier, G. Siegenthaler Muinde (21)

Der 1. Vizepräsident weist darauf hin, dass die neuen parlamentarischen Vorstösse jeweils ca. 3 Tage nach der Sitzung auf der Website der Gemeinde einsehbar seien. Die detaillierten Begründungen könnten also dort nachgelesen werden.

## **Mitteilungen**

Der Vorsitzende führt aus, anlässlich der GGR-Sitzung vom 19. November 2013 sei über die Ballsporthalle gesprochen worden. Er wolle dazu mitteilen, dass zwei Nachbarn gegen den diesbezüglichen Parlamentsbeschluss Beschwerde erhoben hätten. Der Regierungsstatthalter habe nun über die Beschwerde zu befinden. Die Beschwerdeantwort werde durch den Gemeinderat formuliert.

Er erteile nun Jsabelle Gossweiler wunschgemäss das Wort zum Thema Verwaltungskontrolle der Geschäftsprüfungskommission.

Jsabelle Gossweiler führt aus: "Tue Gutes und sprich darüber", wie Lisa Müller vorhin gesagt habe. Ob die Arbeit der GPK geschätzt werde, wisse sie nicht; sie spreche nun aber trotzdem darüber. Die GPK habe ja verschiedene Aufgaben, so neben der Datenschutzkontrolle auch die Verwaltungskontrolle. Die GPK habe beschlossen, das Parlament kurz zu informieren, dass die Verwaltungskontrolle 2013 mit dem Ziel "Erfassung der aktuellen Schulsituation" durchgeführt worden sei. Die GPK habe diverse Interviews mit allen Beteiligten geführt (Verwaltung, Schulleitungen, Schulkommission, usw.), einen zusammenfassenden Bericht verfasst und diesen anfangs Jahr zuhänden des Gemeinderats weitergeleitet.

Christa Grubwinkler (FDP) erklärt, es sei ihr ein Anliegen, dass insbesondere die Bewohner des Mettlenquartiers ein Augenmerk darauf richten würden, was vor ihrer Haustüre geschehe. Es gebe Vandalen, und dies nicht zum ersten Mal, wie auch in den Lokal-Nachrichten zu lesen sein werde. Das Auto ihres Bruders sei mutmasslich beschädigt worden und nun sei auch ihres an die Reihe gekommen. Sie sei der Meinung, wir würden in einer Gemeinde leben, wo Derartiges nicht passieren dürfe und sie bitte deshalb alle, die etwas Auffälliges beobachten würden, nicht wegzuschauen und die Damen und Herren aufzufordern, sich mit etwas anderem zu beschäftigen.

Der Vorsitzende informiert, die GGR-Sitzung vom 18. Februar 2014 werde ausfallen; die Ratsmitglieder seien bereits darüber orientiert worden.

Der Termin des GGR-Ausflugs sei auf Dienstag. 24. Juni 2014, ca. ab 17.00 Uhr, festgelegt.

Er lade nun alle Anwesenden zum Apéro ein, welches die "Störechuchi vo de Worbletaler Burefroue" im Foyer bereitgestellt habe.

\*\*\*\*\*

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Martin Humm

Anni Koch

Der Präsident:

Markus Bärtschi